

Friedenstruppen für die Loya Jirga!

Ein Kommentar von Jan Heller, Kabul

Frauen, weiter Kleinarbeit an der Basis. Sechs der 32 afghanischen Provinzen haben sie bisher besucht, die übrigen folgen in den nächsten Wochen. Nach dem afghanischen Neujahrsfest am 21. März wird die Kommission die Kriterien veröffentlichen, nach denen die *Loya Jirga* zusammengesetzt und arbeiten wird. Dann folgt eine Art afghanischer Wahlkampf: Über 360 Distrikte werden in Massenmeetings ihre Delegierten für die Loya Jirga bestimmen, und bis dahin muß die Kommission mit Unterstützung der UN und ISAF einen landesweiten Beobachtungs- und Sicherheitsmechanismus aufgebaut haben, der eine möglichst freie Abstimmung ermöglicht.

Auf dem Rückweg vom Meeting in Qarghayi, über die 120 Kilometer lange, vom Frühlingsregen aufgeweichte Schlaglochpiste zwischen Jalalabad und Kabul, die die meistbefahrene Straße Afghanistans ist, verspätet sich die Delegation. Bis zur nächtlichen Ausgangssperre um 22 Uhr wird sie es nicht mehr bis Kabul schaffen. Und der nächste Straßenabschnitt gilt ab Einbruch der Dunkelheit als unsicher.

Erschöpft nehmen die Kommissionsmitglieder Nachtquartier in einer Herberge am Wegesrand. Der junge Inhaber läßt ein paar übriggebliebene Kebabs auftischen, schickt nach Mandarinen und Granatäpfeln auf den Basar. Die örtliche *Shura* findet sich mit Kalaschnikow-bewehrten Wachen ein, geführt von einem Kommandeur, in dessen Einflußgebiet Ende vergangenen Jahres mehrere Journalisten ermordet worden sind. Geduldig werden die Prinzipien der *Loya Jirga* besprochen, während ein Ghettoblaster BBC-Nachrichten auf Persisch überträgt. Der Kommandeur stellt Posten vor die Tür der Herberge, neue Gäste werden nicht hereingelassen - nur zur Sicherheit der Gäste. Ein Kommissionsmitglied resümiert, als es sich zur Nacht auf einer dünnen Matratze so bequem als möglich macht: „Jeder Besuch in einem Distrikt ist eine Herausforderung an die Macht der Kommandeure.“

► **Zum Autor:** Thomas Ruttig ist Mitarbeiter der UN-Sondermission für Afghanistan (UNAMA) in Kabul und war als UN-Sonderdelegierter Teilnehmer der Bonner Afghanistankonferenz.

Die Lage in Afghanistan ist relativ friedlich“, meint US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld. Na, dann ist ja alles in Ordnung. Nur ein paar versprengte Bin-Ladisten springen über Bergwiesen, aber mit denen wird man ja spielend fertig. Ein paar ‘Daisy Cutters’ (Löwenzahnschneider), ein paar Cluster-Bomben, ein paar Höhlen-Buster, und gelöst ist die Afghanistan-Frage. Mehr Soldaten für die Nichtkombattanten-Schutztruppe ISAF, die den Friedensprozeß sichern soll, seien jedenfalls nicht nötig.

Man kann sich wirklich nur an den Kopf greifen. Haben Rumsfeld und Co. den 11. September schon vergessen? Haben sie je begriffen, was diese Terroranschläge erst möglich machte? Daß Talibanistan ein kollabierter Staat war, der Leuten vom Schlage Bin Ladens ein freies Wirkungsfeld garantierte. Daß sich das erst ändern wird, wenn in Afghanistan wieder eine von innen und nach außen legitime Regierung existiert. Karzais Interimsverwaltung ist das nicht, das sagt selbst der UN-Gesandte für Afghanistan, Lakhdar Brahimi, immer wieder. Sie heißt deshalb auch noch nicht einmal „Regierung“.

Den Weg, der zu einer solchen legitimen Regierung führt, hat das Bonner Afghanistan-Abkommen vom Dezember 2001 vorgezeichnet. Noch ist es ein langer Weg dahin. Bis zu freien Wahlen dauert es noch mindestens zwei Jahre. Bis dahin muß die internationale Gemeinschaft durch- und an ihren Hilfsversprechen festhalten.

Die nächste Hürde ist die *Emergency Loya Jirga* im Juni. Die Afghanen müssen darauf vertrauen können, daß sie ihre Abgesandten dafür wirklich frei bestimmen können. Das ist aber - entgegen Rumsfelds Behauptung - fraglich. Die Entwaffnung der Warlords und ihrer Anhänger hat noch nicht einmal ansatzweise begon-

nen, weil ISAF sich bisher nicht über Kabuls Stadtgrenzen hinauswagt. Der Fundamentalisten-Flügel im derzeitigen Regime, die Rabbanis und Sayyafs, verteilen offen Geld und Waffen, kaufen Stimmen, platzieren ihre Leute, um ihre Rückkehr an die Macht durch die *Loya Jirga* vorzubereiten. Kommen sie damit durch, hat Afghanistan ein „demokratisch“ legitimes Fundo-Regime. Das wäre eine Katastrophe.

Schickt Friedenstruppen, entwaffnet die Warlords, bitten deshalb die Dorfältesten von Herat bis Paktia die Mitglieder der *Loya Jirga*-Kommission, die derzeit kreuz und quer durchs Land reisen.

Und die Weltgemeinschaft? In einem hat Rumsfeld leider Recht: Die Reihe der Staaten, die zu einer ISAF-Aufstockung bereit wären, ist kurz. Auch Deutschland, in Sachen Afghanistan humanitär und politisch ansonsten sehr aktiv, sieht sich außer Stande, außerhalb Kabuls - und dort entscheidet sich die Loya Jirga - an ISAF mitzuwirken. Afghanistans Interimsstaatschef Hamid Karzai mußte das gerade in Berlin hören.

Das Vertrauen der Afghanen in der Friedensprozeß sinkt bereits wieder. Es wird seinen Tiefpunkt erreichen, wenn die (indirekten) Wahlen zur Loya Jirga im April und Mai direkt unter den Mündungen der Kalaschnikows stattfinden.

► **Zum Autor:** Jan Heller ist freier Korrespondent mit Sitz in Kabul und schreibt für mehrere große deutschsprachige Tageszeitungen.